

Betrifft: Eindämmung der invasiven Götterbäume (*Ailanthus altissima*) am Donaukanal

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 25. Juni 2025 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, zeitnah wirksame und nachhaltige Maßnahmen zu erarbeiten, um die zunehmende Ausbreitung des invasiven Götterbaums (*Ailanthus altissima*) entlang des Donaukanals im Bereich des Alsergrunds aktiv und nachhaltig einzudämmen. Die Ergebnisse sollen dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

BEGRÜNDUNG

Der Götterbaum (*Ailanthus altissima*) breitet sich im Bereich des Donaukanals am Alsergrund zunehmend unkontrolliert aus. Als invasiver Neophyt verdrängt er dabei heimische Baum- und Straucharten, die wesentlich zur Biodiversität, Bodenstabilität und zum ökologischen Gleichgewicht beitragen.

Besonders problematisch ist:

- seine enorme Wuchskraft (schnelles Höhenwachstum, starke Wurzelausläufer),
- seine Fähigkeit, durch chemische Stoffe (Allelopathie) das Wachstum benachbarter Pflanzen zu hemmen, und seine Resistenz gegenüber natürlicher Fraßkonkurrenz – selbst Biber meiden ihn vollständig.

Dadurch entsteht langfristig eine ökologische Monokultur, die die Vielfalt lokaler Pflanzen und die Lebensräume vieler Tierarten massiv gefährdet.

Der Götterbaum steht seit Juli 2019 auf der EU-Unionsliste invasiver Arten und muss daher gemäß EU-Verordnung 1143/2014 aktiv bekämpft werden; Wien hat in seinem Managementplan u. a. Erfassungs- und Monitoringpflichten definiert sowie bereits Erfolge bei der gezielten Bekämpfung in städtischen Naturräumen erzielt.

Ein aktives Einschreiten am Donaukanal ist daher dringend notwendig, um die Entwicklung rechtzeitig zu stoppen und naturnahe Ufervegetation zu schützen bzw. wiederherzustellen.

Für die Volkspartei Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs, BSc

Klubobfrau

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)
✓	✗	✓	✓	✓	✗

Betrifft: Wartezeitanzeige 40A Berggasse stadtauswärts

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 25. Juni 2025 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht zu überprüfen, inwieweit es möglich ist, bei der Haltestelle "Berggasse" der Autobuslinie 40A in Richtung Döblinger Friedhof eine Wartezeitanzeige anzubringen. Die Ergebnisse sollen in der Verkehrs- und Bezirksentwicklung vorgestellt werden.

BEGRÜNDUNG

Die zahlreichen Verspätungen auf der Linie 40A bedingen einen unregelmäßigen Takt der Buslinie, der zu langen Wartezeiten führt. Die Errichtung einer Wartezeitanzeige würde die anrainende Bevölkerung bei Verspätungen und Störungen über Probleme informieren, womit auf die Straßenbahnlinien 37 bis 42 ausgewichen werden kann. Bei entsprechender Stromversorgung in der Nähe soll aus diesem Grund die Umsetzung des Projekts geprüft werden.

Für die Volkspartei Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs, BSc
Klubobfrau

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)
✓	✓	✓	✓	✓	✓

Betrifft: Maßnahmen zur Temporegulierung und Erhöhung der Kindersicherheit beim Radweg in der Fuchsthallergasse

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 25. Juni 2025 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, am Ende des Radweges in der Fuchsthallergasse (Kindermedizinisches Zentrum Fuchsthal) geeignete Maßnahmen zur Temporegulierung und Erhöhung der Sicherheit der Kinder zu evaluieren. Dazu können etwa folgende Schritte gehören:

- **Anbringung von Hinweisschildern zur Reduktion der Geschwindigkeit in diesem Abschnitt („Achtung Kinder“, „Tempo reduzieren“)**
- **Bauliche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsdämpfung (z. B. Bodenmarkierungen, Schwellen)**

BEGRÜNDUNG

Direkt neben dem Radweg in der Fuchsthallergasse befindet sich das Kindermedizinische Zentrum Fuchsthal, das regelmäßig von kleinen Patientinnen und Patienten sowie deren Begleitpersonen besucht wird. Leider ist zu beobachten, dass viele Radfahrerinnen und Radfahrer auf diesem Abschnitt mit überhöhter Geschwindigkeit unterwegs sind, wodurch eine erhebliche Gefährdung der Kinder entsteht. Die zeitnahe Umsetzung von geeigneten Maßnahmen zur Temporegulierung und Erhöhung der Sicherheit der Kinder ist dringend notwendig.

Für die Volkspartei Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs, BSc
Klubobfrau

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)
✓	✗	4x ✓	✓	✓	✗

Betrifft: Maßnahmen gegen zunehmende Tropennächte

Der Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Alsergrund stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund am 25. Juni 2025 folgende

RESOLUTION

Im Jahr 2024 verzeichnete Wien mehr als 50 Tropennächte – Nächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad Celsius sinkt. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahl in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Tropennächte, aber auch Hitzetage stellen eine zunehmende Belastung für die Bevölkerung dar, insbesondere für ältere Menschen, Kinder sowie Personen mit chronischen oder gesundheitlichen Vorerkrankungen.

Der Bezirk setzt bereits wichtige Maßnahmen zur Klimawandelanpassung um, wie etwa die gezielte Erweiterung von Parkanlagen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie Baumpflanzungen. Diese Investitionen in die grüne Infrastruktur sind essenziell und werden langfristig zu einer Kühlung unseres Bezirks beitragen. Allerdings benötigen insbesondere Baumpflanzungen Zeit, bis sie ihre volle kühlende Wirkung entfalten können. Gerade in den Nachtstunden ist es vielen Menschen nicht möglich, sich ausreichend zu erholen, da sich Wohnräume stark aufheizen und kaum auskühlen.

Während es im öffentlichen Raum unter Tags zunehmend kühlende Angebote gibt, fehlt diese Möglichkeit in der eigenen Wohnung – besonders in dicht bebauten Stadtteilen.

Die Bezirksvertretung Alsergrund setzt sich daher für folgende Themen ein:

- Die Richtlinien für den Einbau von Klimaanlage in Wohngebäuden, insbesondere im Hinblick auf Mietwohnungen und Wohnungen im Gemeindebau vor allem auch in Schutzzonen sollen überarbeitet werden.
 - Die Förderung des Einbaus von außenliegenden Verschattungsmaßnahmen, wie Außenjalousien, Rollläden oder Markisen vor allem auch in Schutzzonen soll vereinfacht werden.
 - Die bestehenden bauordnungsrechtliche Regelungen hinsichtlich ihrer Klimawandel-Tauglichkeit, insbesondere in Hinblick auf den Hitzeschutz in Wohngebäuden soll evaluiert werden.
 - Ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte, um leistbaren Hitzeschutz – etwa durch mobile Klimageräte oder Verschattung – soll ausgebaut werden.

Für die Volkspartei Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs, BSc
Klubobfrau

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)
✓	✓	✓	✓	✓	✓